

Ethos macht bei UBS sauber

Jetzt muss die UBS ihre Geschäftspolitik offenlegen. Die Stiftung Ethos will an der ausserordentlichen Generalversammlung detaillierte Auskünfte über die Wertberichtigungen erhalten. – Seite 13 KARIKATUR JALS

Neue LZ vom 21.12.2007

Ethos verlangt Sonderprüfung

Die Anlagestiftung Ethos fordert von der UBS Antworten zu den Milliardenabschreibern ein. Die Grossbank will einlenken.

VON ADRIAN KREBS

Es war bloss eine Frage der Zeit, bis verärgerte Anleger auf die Milliardenabschreiber der UBS und den drohenden Jahresverlust reagieren würden. Den Anfang machte vor etwas mehr als einer Woche der Amerikaner William Wesner. Er reichte in New York Klage

«Wir müssen Gewähr dafür

haben, dass die Ursachen

für die massiven Abschrei-

bungen erkannt wurden.»

DOMINIQUE BIEDERMANN,

ETHOS-GESCHÄFTSFÜHRER

gegen die UBS sowie gegen ehemalige Topmanager ein.

Nun wächst auch der Druck im Inland. Gestern deponierte die Anlagestiftung Ethos bei der UBS einen umfassenden Frageka-

talog. Sie will an der ausserordentlichen Generalversammlung von der Grossbank konkrete Antworten zu den «erheblichen Abschreibungen und Verlusten», die im Zuge der US-Immobilienkrise entstanden sind.

Lehren aus dem Vorfall ziehen

Damit verfolgt Ethos laut eigenen Angaben zwei Ziele: Einerseits soll abgeklärt werden, ob die geltenden gesetzlichen Bestimmungen eingehalten wurden. Andererseits sollen allfällige Mängel in der Risikobewirtschaftung und Risikokontrolle ans Tageslicht gebracht werden. Denn: «Als langfristig denkender Aktionär müssen wir Gewähr dafür haben, dass die Ursachen für die massiven Abschreibungen in der notwendigen Tiefe erkannt wurden», betont Ethos-Geschäftsführer Dominique Biedermann. Nur so sei es möglich, Lehren aus dem Vorfall zu ziehen. Das Auskunftsbegehren ist sowohl an den Verwaltungsrat als auch an die Revisionsstelle gerichtet.

Die UBS habe den Fragekatalog erhalten, bestätigt Firmensprecher Serge Steiner. «Wir haben Kenntnis von den Fragen und werden diese sorgfältig beantworten.» Wann genau, steht noch nicht fest, die ausserordentliche Aktionärsversammlung soll aber in der zweiten Februar-Hälfte stattfinden.

Auch Fragen zu Chefgehältern

Ethos will in erster Linie Antworten zum Risikomanagement bei der UBS. «Welche Massnahmen wurden ergriffen, um die Bewirtschaftung und Kontrolle der Risiken bei den Geschäften in Verbindung mit der US-Hypothekarkrise sicherzustellen?», fragt die Anlagestiftung. In diesem Zusammenhang stellt sie auch Fragen nach der Unabhängigkeit zwischen Bewirtschaftung und Kontrolle der Risiken sowie der Limite für Transaktionen.

Brisant ist indes der Fragekomplex rund um die Entschädigungen: «Sollte die Vergütung 2006 der Führungsinstanzen angesichts der Risiken, die durch die US-Hypothekarkrise bekannt wurden, neu angepasst werden? Wenn ja, in welcher Höhe?» Gespannt warten die Investoren auf die Antwort aus der UBS-Konzern-

zentrale.

Der Ethos-Antrag findet prominente Unterstützung. Ulrich Grete, der schei-dende Präsident AHV-Fonds, bezeichnete Fragen gegenüber

der Nachrichtenagentur AP als richtig, sinnvoll und sachgerecht: «Die UBS ist gut beraten, sie so gut als möglich zu beantworten.»

Mit ihren Fragen zielt die Anlagestiftung unmittelbar auf den Verwaltungsrat. Das Gremium ist gemäss Organisationshandbuch «für die grundlegende Risikopolitik, die Genehmigung der Risikogrundsätze von UBS und für die Festlegung der Risikokapazität»

zuständig. Ethos behält sich vor, bei unbefriedigenden Antworten ei-Sonderprüfung zu verlangen.

Damit steht eine ernst zu nehmende Drohung im Raum: Seit der Aktienrechtsrevision (1992) kann grundsätzlich jeder Aktionär bestimmte Sachverhalte durch eine Sonderprüfung abklären lassen. Dabei gibt es gemäss Obligationenrecht keine Tabus zum Untersuchungsgegenstand. Der Aktionär muss an der Generalversammlung

bloss einen

EXPRESS

- ▶ Die Stiftung Ethos will wissen, wie die UBS die Risiken kontrolliert hat.
- Zudem soll offengelegt werden, ob Gesetze eingehalten wurden.

Antrag auf Einleitung einer Sonderprüfung stellen. Wird das Begehren abgelehnt, so können Aktionäre innerhalb dreier Monate den Richter anrufen, sofern sie mindestens 10 Prozent des Aktienkapitals oder Aktien im Nennwert von 2 Millionen Franken vertre-

ten - was bei der UBS einem Kapitalanteil von einem Prozent entspricht. Ethos hält laut Geschäftsbericht per Ende 2006 rund 1,1 Millionen UBS-Aktien.

Prüfer muss Bericht vorlegen

Der Richter beschliesst nach Anhörung der Parteien über die Einsetzung eines Sonderprüfers. Dieser muss dem Richter einen Bericht vorlegen. Nach der Bereinigung unterbreitet der Verwaltungsrat das Dokument der Generalversammlung.

> Ethos-Geschäftsführer Dominique Biedermann nimmt die UBS ins Visier. KEYSTONE

KOMMENTAR

Aktionäre wollen die Kröte nicht schlucken

ie ausserordentliche Generalversammlung der UBS im Februar verspricht spannend zu werden. Einzelne Aktionäre haben bereits klargemacht, dass sie die vom Verwaltungsrat vorgesetzte Kröte lieber nicht schlucken wollen. Die geplante Kapitalerhöhung mit zwei ausländischen Grossinvestoren bewirkt, dass der Anteil der Altaktionäre an der UBS um etwa 10 Prozent schrumpfen wird.

Das Vorgehen der UBS ist unschön, aber verständlich. Die Bank wollte die Hiobsbotschaft über ihren 11-Milliarden-Abschreiber mit der gleichzeitigen Nachricht zu einer ähnlich grossen Kapitalzufuhr abfedern – und dadurch den drohenden Vertrauensverlust abwenden. Auch der Ärger der Altaktionäre ist verständlich.

Ein Nein zur Kapitalerhöhung würde die UBS aber in ein neues Vertrauensloch stürzen. Und damit allen Eigentümern schaden. Für die Aktionäre empfiehlt sich daher: ausrufen an der Generalversammlung - und dann zähneknirschend Ja stimmen.

Für Zündstoff sorgen auch die begrüssenswerten Fragen der Anlagestiftung Ethos zur Risikokontrolle der Bank. Mit der Keule des Antrags zur «Sonderprüfung» in der Hinterhand hofft Ethos auf Erhellendes darüber, welche Herren wofür verantwortlich sind und welche Lehren das Debakel erzeugt hat.

Risikopolitik ist Sache des Verwaltungsrats: So steht es im Handbuch der UBS. Die Überwachung der Risikopolitik oblag dabei vor allem den drei vollamtlichen Verwaltungsratsmit-

gliedern. Dies sind Marcel Ospel als Präsident sowie Marco Suter und Stephan Haeringer als Vizepräsidenten. Ospel steht als Präsident und Ex-Konzernchef im Scheinwerferlicht und sieht sich daher am stärksten mit Rücktrittsforderungen konfrontiert. Formell lagen die Kompetenzen zur Risikoüberwachung aber vor allem bei Marco Suter, der seit diesem Herbst als neuer Finanzchef in einer noch stärker exponierten Position sitzt.

Wie weit formelle und faktische Kompetenzen übereinstimmten, ist eine andere Frage. Es ist eine der vielen Fragen, über welche die kommende Generalversammlung Aufklärung bringen wird.

> HANSUELI SCHÖCHLI wirtschaft@neue-lz.ch

FINANZKRISE

Erster Verlust

Die Hypothekenkrise hat der US-Investmentbank Bear Stearns im vergangenen Vierteljahr den ersten Verlust der Firmengeschichte eingebrockt. Das Institut verbucht ein Minus von netto 854 Millionen Dollar (990 Millionen Franken). Wegen der Kreditkrise musste Bear Stearns in dem am 30. November beendeten Quartal Abschreibungen von 1,9 Milliarden Dollar vornehmen. Das Topmanagement verzichtet angesichts des Misserfolgs in diesem Jahr auf seine Bonuszahlungen.

«Das Schlimmste ist vorbei»

Trotz der Verluste von Bear Stearns haben die New Yorker Börsen gestern mit Kursgewinnen eröffnet. Händler führten zur Begründung die Hoffnung an, dass nach Vorlage der neuen Quartalszahlen für die Wall Street die schlimmsten Folgen der Hypothekenkrise überwunden seien.

Getrübt wurde die Stimmung von neuen Arbeitsmarktdaten der US-Regierung. Danach lagen die Erstanträge für Arbeitslosenhilfe in der Woche bis zum 15. Dezember mit 346 000 über den erwarteten 335 000.